

# EU-FrauenNews

Nr. 03/ 2004

Hiltrud Breyer MdEP

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europäische Strategie von Lissabon wird zur Zeit einer Überprüfung unterzogen.

Der Bericht der Expertengruppe um Wim Kok vernachlässigt nicht nur die ökologischen und sozialen Zusammenhänge dieser Strategie, er geht auch mit keiner Silbe auf die Gender - Dimension ein.

Das offizielle Konsultationspapier der EU - Kommission bezieht diese Fragen ebenfalls nicht mit ein. Deswegen hat die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit die Überprüfung aus Genderperspektive an die Kommission verfasst.

Wir hoffen, dass die neue Kommission keine Pause einlegt und weiterhin Leuchtturm bei der Gleichstellungspolitik bleiben wird.

Wir wünschen allen erholsame Weihnachtsfeiertage und ein glückliches neues Jahr 2005.

Herzlichst



PS:

**Das soziale Geschlecht:**

**Wussten wir's doch: Frauen sind mehr an ihren Mitmenschen interessiert als Männer. Schon am Tag nach der Geburt gucken Mädchen Gesichter länger an, als Jungen das tun. Auch als Erwachsene halten Frauen länger Blickkontakt und lächeln öfter, fanden Psychologen der Universität Cambridge heraus.**

#### Büro Brüssel

ASP 8 G 265, Rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel. 00 32-2-2 84 52 87  
Fax 00 32-2-2 84 92 87  
[hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)  
[www.hiltrud-breyer.de](http://www.hiltrud-breyer.de)

#### Büro Berlin

Hiltrud Breyer, MdEP  
Unter den Linden 50  
D-11017 Berlin  
Tel. 0 30-2 27-7 40 89  
Fax 0 30-2 27-7 63 58  
[Hiltrud.Breyer@berlin.de](mailto:Hiltrud.Breyer@berlin.de)

#### Aktuelles:

- ▶ **Überprüfung der EU - Nachhaltigkeitsstrategie aus Gender - Perspektive** 2
- ▶ **EU - Rat beschließt UNISEX - Tarife**
- ▶ **RL zur Gleichbehandlung in Arbeits- u. Beschäftigungsfragen** 3
- ▶ **Institut für Gleichstellungsfragen**
- ▶ **DAPHNE II in Kraft getreten**
- ▶ **Gender Budgeting im Haushalt 2005?** 4

#### Berichte

- **UN - Bericht zur Weltbevölkerung** 5

#### Kurz notiert

- **Pornographie auf Mobiltelefonen**
- **Dokumentation Prostitutionskunden**
- **Studie über Prostitution** 6
- **Aktion, Literatur, websites**
- **Termine...** 7

**Herausgeberin:** MdEP Hiltrud Breyer

Redaktion, Texte: Pia Paust-Lassen

Mitarbeit: Nora Schiessler, Brüssel

Redaktionsschluss: 17. November 2004

Mehr zur EU-Frauenpolitik, Infos zu Fördermitteln, aktuelle Hintergrundpapiere, Adressen und Links gibt es auf meiner Homepage [www.hiltrud-breyer.de](http://www.hiltrud-breyer.de).

**Die Grünen/EFA**  
im Europäischen Parlament



## Überprüfung der



## Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (SDS) aus Gender- Perspektive

Die EU - Kommission führt zur Zeit ein Konsultationsverfahren zur Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie durch, den „Review“ -Prozess. Per Internet können Einzelpersonen, NGOs oder andere Gruppen ihre Stellungnahmen durch die Beantwortung eines Fragebogens abgeben.

Dieser offizielle Fragebogen zur Konsultation ist allerdings so strukturiert, dass zur Genderdimension gar keine Fragen formuliert sind.

Die „Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ hat gemeinsam mit „Frauen + Umwelt - Netzwerken“ ein Positionspapier zu einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet:

„Unsere Gesellschaft mit all ihren Institutionen, Prozessen und Strukturen ist nicht geschlechtsneutral. D. h. am politischen und wirtschaftlichen Handeln sind Männer und Frauen sowie die ihnen zugewiesenen Bereiche unterschiedlich beteiligt und von den Auswirkungen betroffen. Deshalb erfordert eine nachhaltige Entwicklung, dass Genderaspekte in alle Politiken und Planungen einbezogen werden. Dazu kann u. a. der Ansatz des Gender mainstreaming beitragen, der durch Beschlüsse der Europäischen Kommission verbindlich verankert ist. In einer weiterentwickelten Nachhaltigkeitsstrategie muss die Geschlechterdimension querschnittsorientiert angelegt sein.“

Dafür wird in dem Positionspapier gefordert, alle Grundkategorien unserer Gesellschaft kritisch zu überprüfen, wie z. B. den Wirtschafts- und Arbeitsbegriff oder auch den Wachstumsbegriff, sowie den Naturbegriff.

„Dem Anspruch, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit integrativ zu bearbeiten, wird die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie nur ansatzweise gerecht. Wenn Verknüpfungen hergestellt werden, dann vorrangig zwischen ökologischen und ökonomischen Aspekten. Nahezu gänzlich unterbelichtet oder ausgeblendet bleiben hingegen die Verbindungslinien zwischen der sozialen und ökologischen oder allen drei Dimensionen - z. B. zwischen den Umgangsformen mit Natur, den Geschlechterverhältnissen und dem Produktions-/Arbeits- und Wirtschaftsverständnis. Insbesondere bei der Frage, welche Ursachen und Bedingungen einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Entwicklung entgegenstehen, ist der Blick auf die systematischen Kontexte unerlässlich. Das gleiche gilt für die Erarbeitung von Lösungsstrategien. Werden Problemzusammenhänge aus einer Genderperspektive betrachtet, wird einerseits der Blick für eigentlich zusammengehörende, aber als getrennte oder Gegensätze konstruierte Bereiche geschärft.“

Die EU - Kommission wird aufgefordert, alle zwei Jahre parallel zur Evaluation der Nachhaltigkeitsstrategie eine öffentliche Fachkonferenz zum Thema „Geschlechteraspekte der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Wissenschaftlicher Sachstand - politische Fortschritte der Integration und Umsetzung“ durchzuführen. Daran sollten ExpertInnen aus Forschungs- und Politikzusammenhängen sowie VertreterInnen aus den Generaldirektionen aktiv beteiligt werden.

Darüber hinaus sollten vorsorgende und erfolgskontrollierende Prüfinstrumente eingesetzt werden:

„Die in Rio verabschiedete Agenda 21 und die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz fordern eine Überprüfung der Wirkungen, die umwelt- und entwicklungspolitische Maßnahmen auf Frauen und Männer haben. Das Instrument des „Gender Impact Assessment (GIA)“ wurde entwickelt, um potentielle Auswirkungen politischer Entscheidungen und Strategien auf das Geschlechterverhältnis zu erkennen.

In Deutschland wurde das Instrument an einigen Fallbeispielen im Umweltressort getestet und sollte als Vorsorgeinstrument verbindlich nicht nur bei sämtlichen Gesetzgebungsvorhaben, sondern ebenso im Rahmen der politischen Maßnahmen- und Programmentwicklung (z. B. im Forschungsbereich) verankert werden. Ein weiteres Instrument, das „Gender Budget“, das Einnahmen und Ausgaben staatlicher, kommunaler und institutioneller Haushalte geschlechterspezifisch analysiert, befindet sich noch in der Erprobungsphase. Die Methode des „Gender Budgeting“ vermag erheblich zur Transparenz und zur geschlechtersensiblen Analyse und Planung öffentlicher Ausgaben beizutragen.“

Die EU - Kommission wird aufgefordert, zur Eigenerfolgskontrolle in ihren Berichten zum Stand der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung sowie der Weiterentwicklung / Anpassung der Strategie dezidiert zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit, d. h. zu den diesbezüglichen Aktivitäten und Erfolgen der einzelnen Direktionen, Stellung zu beziehen.

Kontakt: **genanet** - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, LIFE e.V., Frankfurt.

[www.genanet.de](http://www.genanet.de); das Positionspapier: [www.genanet.de/20.0.html](http://www.genanet.de/20.0.html)

**EU - Kommission: SDS - Sustainable Development Strategy**

„Public Consultation Review of the EU Sustainable Development Strategy“, SEC(2004)1042 vom 30. Juli 2004. [http://www.europa.eu.int/comm/sustainable/pages/legis\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/sustainable/pages/legis_en.htm)



### **Diskriminierung bei Versicherungen verboten: EU - Rat beschließt UNISEX - Tarife**

Die wirtschaftliche Benachteiligung aufgrund des Geschlechts bei Waren und Dienstleistungen wird künftig EU - weit unter Strafe gestellt. Kosten im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft dürfen in Zukunft nicht mehr zu unterschiedlichen Prämien und Leistungen bei Versicherungen führen. Im Ministerrat einigten sich die 25 Mitgliedstaaten im Oktober auf eine abgeschwächte Version der neuen Gleichbehandlungsrichtlinie der EU.

Bis zuletzt war es zweifelhaft, ob sich die Einstimmigkeit im Rat erzielen lässt, weil gerade aus Deutschland heftiger Druck aus der Versicherungswirtschaft die Einigung verhindern wollte. Die Versicherungswirtschaft hatte sich gegen die Brüsseler Pläne gewehrt, weil durch die Unisex - Tarife angeblich die Prämien insgesamt steigen würden. Der Kompromiss sieht nun vor, dass nach nationalem Recht in Ausnahmefällen dennoch geschlechtsspezifische Versicherungstarife zugelassen werden dürfen, wenn diese versicherungsmathematisch gerechtfertigt wird.

Dies läge z. B. vor, wenn die Versicherungen den Mitgliedstaaten nachweisen, dass Frauen am Steuer weniger Unfälle verursachen, dann könnten sie niedrigere Beiträge für Autofahrerinnen berechnen.

Nicht genau definiert ist in der RL die „direkte und indirekte Diskriminierung“ (Art. 13). Die Bereiche Medien und Werbung sowie öffentliche oder private Bildung bleiben vom Wirkungsbereich der RL ausgeschlossen. Sie beschränkt sich auf Waren und Dienstleistungen im öffentlichen Bereich, die außerhalb des Privat- oder Familienleben angeboten werden. Nach Veröffentlichung der RL haben die EU - Mitgliedstaaten drei Jahre Zeit für die Umsetzung in nationales Recht. Sie müssen auch Strafen für Verstöße gegen die RL vorsehen, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein sollen.

Zu begrüßen ist, dass der Kompromiss die Umkehr der Beweislast beinhaltet.

Die Anbieter einer Ware oder Dienstleistung müssen danach im Klagefall nachweisen, dass sie KundInnen nicht wegen des Geschlechts benachteiligen.

Richtlinie: KOM (2003)657; [http://europa.eu.int/eurlex/de/com/pdf/2003/com2003\\_0657de01.pdf](http://europa.eu.int/eurlex/de/com/pdf/2003/com2003_0657de01.pdf)

### **Richtlinie zur Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen**

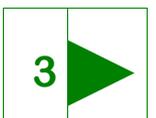
Die EU - Kommission hat im März 2004 eine Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen vorgeschlagen. Sie hat zum Ziel, die Umsetzung und Anwendung dieser Grundsätze beim Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sicherzustellen und gleichwertige Arbeitsbedingungen einschließlich des gleichen Entgelts für gleiche und gleichwertige Arbeit herzustellen. Jeder und jede soll diese Rechte auch gerichtlich geltend machen können. Erstmals wird der Begriff „Entgelt“ definiert. Der Grundsatz der Entgeltgleichheit (bisher RL 75/117 EWG) soll nicht mehr nur im selben Betrieb, sondern auch darüber hinaus gelten, z. B. gegenüber verschiedenen Arbeitgebern im Rahmen bestehender Tarifverträge.

Ferner sind verschiedene Sanktionen im Falle einer Diskriminierung und die Ausdehnung der Rechtsverfolgungsfristen vorgesehen. Die Regelung zur Sanktionierung von Verstößen, gemäß der Rechtsprechung des EuGH, wird in die RL integriert.

Darüber hinaus sieht die RL die Verpflichtung zum „Gender Mainstreaming“ vor.

EU - Kommission: KOM (2004)279:

[http://europa.eu.int/eurlex/de/com/pdf/2004/com2004\\_0279de01.pdf](http://europa.eu.int/eurlex/de/com/pdf/2004/com2004_0279de01.pdf)



## **Institut für Gleichstellungsfragen: Mitgliedstaaten für institutionalisierte Gleichstellungspolitik**

Die Minister der Mitgliedstaaten für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz berieten im Juni über die Einrichtung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. Zwar wurde vom Grundsatz her der Einrichtung zugestimmt, sie dürfe aber nicht zu Doppelarbeit führen und müsse haushaltsneutral sein.

Seit 1995 gibt es Überlegungen zur Einrichtung eines derartigen Instituts. Der Europäische Rat hatte im Dezember 2000 in Nizza eine Sozialagenda gebilligt, in der zur Einrichtung eines europäischen Gender - Instituts aufgerufen wurde. Im Kontext der Rahmenstrategie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005) wurde die Erstellung einer Durchführbarkeitsstudie vorgesehen.

Nach den Ergebnissen dieser Kommissions - Studie gibt es einen eindeutigen Bedarf für ein derartiges Institut.

Dieses soll nach Auffassung der Kommission einige der Aufgaben übernehmen, die von bereits bestehenden Einrichtungen nicht wahrgenommen werden. Als Arbeitsbereiche werden vorgeschlagen: Koordinierung, Zentralisierung und Verbreitung von Informationen, verstärkte Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen und Bereitstellung von Modellen für das „Gender Mainstreaming“. Auch der Ausschuss des EP für die Rechte der Frau und Chancengleichheit hat zur Einrichtung eines derartigen Instituts aufgerufen.

[http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/presData/de/ec/81043.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/presData/de/ec/81043.pdf)

## **Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen:**

### **DAPHNE II in Kraft getreten**

Das Programm DAPHNE II lehnt sich eng an das erste Programm an. Im Zentrum stehen weiterhin Projekte, die sich auf die Prävention von allen Formen und Aspekten der Gewalt richten. Gefördert werden z. B. der Auf- und Ausbau multidisziplinärer Netze für die Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungs- und anderen Organisationen, der Austausch von Informationen und bewährten Praktiken sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Zielgruppen des Programms sind Opferschutzorganisationen sowie Ausbildungseinrichtungen, Hochschulen, gemeinnützige Organisationen, Forschungszentren und lokale Behörden.

Da das DAPHNE - Programm auf die Förderung transnationaler Kooperationsnetze abzielt, sollen Organisationen aus verschiedenen Mitgliedstaaten bei Projekten grenzüberschreitend zusammenarbeiten. DAPHNE II enthält eine Reihe von Verbesserungen, durch die die Wirkung des Programms erhöht werden soll.

Für den Zeitraum 2004 bis 2008 ist das Programm mit Mitteln in Höhe von 50 Mio. Euro ausgestattet. Dies bedeutet für 2004: 8,3 Mio., 2005: 10,2 Mio., 2006, 2007 und 2008: je 10,5 Mio.

Diese Mittelaufstockung berücksichtigt die EU - Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten und die große Nachfrage von Organisationen.

Die DAPHNE - Initiative wurde 1996 nach dem Weltkongress zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern zu kommerziellen Zwecken in Stockholm ins Leben gerufen. Diese war zu Beginn jedoch nur auf die Finanzierung von NGO - Projekten mit einjähriger Laufzeit beschränkt. Die erste große Ausweitung erfuhr die Initiative im Jahr 2000 mit der Annahme des Vierjahresprogramms DAPHNE I, was Ende 2003 auslief.

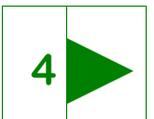
Die große Nachfrage unterstrich jedoch die Notwendigkeit, das Programm fortzusetzen. Seit Beginn der DAPHNE - Initiative gingen nach Angaben der Kommission rund 1800 Projektvorschläge ein, von denen über 300 für eine Finanzierung ausgewählt wurden.

Infos zu DAPHNE II: [http://europa.eu.int/comm/justice\\_home/funding/daphne/funding\\_daphne\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/justice_home/funding/daphne/funding_daphne_en.htm)

## **Gender Budgeting im Haushalt 2005?**

Das EP hat in erster Lesung über den Haushalt 2005 abgestimmt. Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit hatte dazu gefordert, Mindestsätze für die großen Förderprogramme und für die Kooperation mit anderen Ländern sowie in der internationalen Hilfe zu verankern.

In den Strukturfonds ist zwar z. B. „Gender Budgeting“ als Teil von Gender Mainstreaming verankert, aber nur 6 % des Geldes gehen an Projekte. Die Änderungen des FEMM wurden abgelehnt, so dass die politische Umsetzung des Gender Mainstreaming im wesentlichen Feld des Haushalts nicht stattfindet.



## UNO - Bericht zur Weltbevölkerung 2004: Kairo + 10 - Bevölkerung, reproduktive Gesundheit und weltweiter Kampf gegen die Armut

Zehn Jahre nach der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo hat die UNO im September einen aktuellen Bericht vorgestellt. Es werden die bisherigen Erfolge und die Probleme bei der Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms ausgewertet. 1994 hatten sich die 179 Unterzeichnerstaaten zum Ziel gesetzt, Weltbevölkerungswachstum und Ressourcen ins Gleichgewicht zu bringen, den Status von Frauen zu verbessern und allen Menschen Zugang zu Familienplanung und anderen Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit zu ermöglichen. Der Konsens von Kairo hebt die Bedeutung von Investitionen in Menschen hervor. Die Stärkung des Status von Frauen und die Sicherung individueller Menschenrechte - also auch das Recht auf reproduktive Gesundheit und das Recht, selbst zu bestimmen, wann, ob und wieviele Kinder eine Frau bekommen möchte - wurden als Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung anerkannt.

In regionalen Konferenzen anlässlich des zehnten Jubiläums der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz bekräftigten die Regierungen ihre Unterstützung für das Aktionsprogramm. Sie stimmten überein, dass seine erfolgreiche Umsetzung Voraussetzung für das Erreichen der „Millenniums - Entwicklungsziele (MDGs)“ ist.

Diese MDGs streben bis zum Jahr 2015 an, die Zahl der extrem Armen und Hungernden zu halbieren, die Gleichstellung der Geschlechter und die allgemeine Grundbildung zu verbessern, die Mütter- und Kindersterblichkeit zu senken, sowie die Aids - Epidemie zu bekämpfen.

In wichtigen Punkten bleibt die Umsetzung des Programms weit hinter den Zielen zurück. Zehn Jahre nach Kairo:

- Haben über 350 Millionen Paare keinen Zugang zu Familienplanung,
- Sind Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt weiterhin eine der Haupttodesursachen für Frauen, sie kosten jährlich 529.000 Frauen das Leben;
- Im Jahr 2003 haben sich fünf Millionen Menschen mit HIV infiziert, fast die Hälfte aller infizierten Erwachsenen sind Frauen, drei Fünftel von ihnen leben in Afrika südlich der Sahara;
- Obwohl die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in vielen Regionen zurückgeht, wird die Weltbevölkerung voraussichtlich von heute rund 6,4 Milliarden auf 8,9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 wachsen, in den 50 ärmsten Ländern wird sich die Zahl der Menschen innerhalb dieses Zeitraums auf 1,7 Milliarden verdreifachen;
- Immer noch leben etwa 2,8 Milliarden Menschen von weniger als zwei Dollar am Tag.

### **Auswirkungen auf die Umwelt:**

Das hohe Konsumniveau, nicht nachhaltige Produktionsweisen und schnelles Bevölkerungswachstum belasten zunehmend die Umwelt. Immer mehr Menschen verbrauchen immer mehr Ressourcen und hinterlassen immer größere „ökologische Fußabdrücke“. Aber vor allem verbraucht weltweit eine stetig wachsende Konsumentenschicht überproportional viele Ressourcen, so dass das Nebeneinander von Armut und unglaublichem Wohlstand immer krasser wird.

### **Frauen in Kriegs- und Katastrophensituationen:**

Gewalttaten gegen Frauen und Vergewaltigungen sind in Kriegen besonders häufig. Das Risiko, dass sich die Opfer mit einer sexuell übertragbaren Krankheit, darunter auch HIV/Aids, infizieren, ist sehr hoch. Die UNO und andere Hilfsorganisationen stellen in Katastrophensituationen Grundausrüstungen für Geburtshilfe und Verhütungsmittel zur Verfügung. Sie führen Aufklärungskampagnen und Programme in Flüchtlingslagern durch, um sexuelle Gewalt zu vermeiden, beraten und behandeln die Opfer.

### **Reproduktive Gesundheit und Familienplanung:**

Das Konzept der reproduktiven Gesundheit und Rechte wird inzwischen von vielen Organisationen übernommen.

Im Mai 2004 hat die 57. Weltgesundheitsversammlung den Konsens von Kairo anerkannt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat daraufhin erstmals eine Strategie zur reproduktiven Gesundheit verabschiedet - auch im Hinblick auf die Millenniums - Entwicklungsziele.

### **Die Stärkung des Status von Frauen:**

Die Gleichberechtigung von Frauen ist das Herzstück des Kairoer Aktionsprogramms, vor allem in Bezug auf reproduktive Gesundheit und Rechte. Seit 1994 haben über die Hälfte der Länder Gesetze erlassen, um die Rechte von Frauen zu schützen, und haben entsprechende UN - Konventionen ratifiziert. Zwar haben viele Länder Gesetze geschaffen, um der Diskriminierung von Frauen entgegenzuwirken, doch diese werden oft nicht durchgesetzt.

Nur in 28 Ländern hat sich der Anteil von Frauen in der Politik erhöht. Weniger als die Hälfte aller Länder haben veranlasst, auch Männer über reproduktive Gesundheit aufzuklären. Nur 16 Länder berichten, dass die Zahl der Mädchen, die eine weiterführende Schule besuchen, zugenommen hat.

### **Handlungsprioritäten für die nächsten zehn Jahre:**

Bessere Integration von Bevölkerungsfragen in nationale Strategien zur Armutsbekämpfung; Verbesserung des Angebots an Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung; Ausweitung des Angebots an Geburtshilfe und Schwangerenvorsorge; Integration von HIV/Aids - Prävention in Gesundheitsprogramme; Verbesserung der Versorgung in den Städten, insbesondere im Hinblick auf besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen; Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen durch die Reform von Gesetzen und die Verbesserung von Programmen; stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen und institutionellen Entscheidungen; Zugang für Jugendliche zu Dienstleistungen und Aufklärung.

Aus dem Bericht der UNO, veröffentlicht im September 2004; <http://www.weltbevoelkerungs.de/wbbericht.html> ; vollständiger Bericht über den Buchhandel oder online beim Balance Verlag erhältlich.



## **Pornographie auf Mobiltelefonen** **Antwort der Kommission auf schriftliche Anfrage**

**Hintergrund:**

Entgegen der RL 2002/58/EG über unerwünschte Kommunikation („über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation / Datenschutz-RL für elektronische Kommunikation“), die in nationales Recht umgesetzt ist, verschickt Vodafone in Deutschland im Rahmen seiner Dienste „Bilder & Logos“ Bilder sexuellen Inhalts an seine Kunden.

**Dazu die Kommission:**

Vodafone lieferte Informationen zu den neuesten Werbekampagnen für multimediale Nachrichtendienste (MMS), d. h. Dienste, die Fest- oder Bewegtbilder jeglicher Art wie Musikclips, Sport und anderweitige Inhalte umfassen können.

Nach Aussagen von Vodafone verfolgt das Unternehmen die Politik, bei der Förderung derartiger Dienste über Direktmarketing nur Kunden anzusprechen, die sich angemeldet haben, d. h. Vodafone - Kunden, die sich ausdrücklich für Werbeeinhalte registriert haben. Vor allem im Bereich der Dienste für Erwachsene wurden im Zeitraum Dezember 2003 - Februar 2004 mindestens vier Kampagnen durchgeführt. Nach Angaben der Vodafone umfasste die Kampagne lediglich MMS - Dienste für Kunden über 18 Jahren (Volljährigkeit in Deutschland), die sich registriert hatten, um Muster der angebotenen kommerziellen Dienste zu erhalten. Vodafone hat diese Strategie kürzlich geändert und fordert nun ein spezielles Opt-in von Kunden für Erwachsenendienste.

Unter diesen Umständen läge kein Verstoß gegen die RL 2002/58/EG vor. Diese RL gestattet im Rahmen der bestehenden Kundenbeziehungen die Verwendung elektronischer Kontaktanschriften zum Angebot vergleichbarer Produkte oder Dienste. Grundsätzlich kann der Kunde seine Zustimmung jederzeit durch unmittelbare Benachrichtigung der Gesellschaft zurückziehen.

Nach den der Kommission vorliegenden Informationen scheint der allgemeine Opt-in-Grundsatz nicht angetastet.

Falls dennoch die Auffassung besteht, dass ein Verstoß gegen die RL vorliegt, kann sich der Betroffene bzw. können sich die Betroffenen auch an die nationale Datenschutzbehörde wenden, die für die Durchsetzung zuständig ist, d. h. in Deutschland an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Antwort der Kommission: E - 167/04EN auf eine schriftliche Anfrage von H. Breyer.

## **Context e. V.: Dokumentation einer Fachtagung zu** **Prostitutionskunden**

Auf der Tagung kamen Fachleute zum Thema „Männer und Sexualität im Hinblick auf Freier“ zusammen.

Zielsetzung war, Hintergrundwissen und bestehende Erfahrungen aus den verschiedenen Bereichen vorzustellen und weiterführende Ansätze zu entwickeln. Es wurde insbesondere diskutiert, wie Freier angesprochen und gegenüber Prostituierten und Opfern von Frauenhandel sensibilisiert werden können.

Die Dokumentation enthält Vorträge und Ergebnisse der Arbeitsgruppen. An der Tagung nahmen neben ausgewiesenen Männerforschern und Vertretern aus Männer- / Jungenarbeit Vertreterinnen von Hurenverbänden, Frauenorganisationen / Fachberatungsstellen, das Bundeskriminalamt sowie ein Landeskriminalamt, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) und das Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie Bordellbetreiber und -eigentümer und Freier teil. Die Veranstaltung und die Dokumentation wurden gefördert vom Sektorvorhaben „Bekämpfung des Frauenhandels“. Context ist ein bundesweites Netzwerk zum Thema Prostitution mit den Bereichen Migration, Menschenrechte und Sexualität. Vernetzung, Forschung und Bildung sind Schwerpunkte der Arbeit.

Die Dokumentation kann als Druckversion bestellt werden bei: [info@context-cps.de](mailto:info@context-cps.de).

Sie ist im pdf -Format bei der GTZ zu finden: [www.gtz.de/traffickinginwomen](http://www.gtz.de/traffickinginwomen)

## **„Paying the Price“ Studie über Prostitution**

Das Londoner „Home Office“ hat eine Studie über die Zusammenhänge und Hintergründe der Prostitution veröffentlicht. Themen sind u. a. die Wege in die Prostitution, der Schutz von Kindern vor Prostitution, die kriminellen Zusammenhänge, sowie diverse Anhänge zur Kriminalstatistik, zu anderen Ländern, Literatur- und websites - Hinweise. Die Studie ist als Konsultationspapier konzipiert, bis zum 26. November 2004 konnte jeder / jede Kommentare zu dem Papier an das „Home Office“ senden:

**Prostitution review Home Office 50 Queen Anne's Gate, London SW1H 9AT**

Oder per e-mail an: [prostitutionreview@homeoffice.gsi.gov.uk](mailto:prostitutionreview@homeoffice.gsi.gov.uk)

Das Papier ist zu finden auf der Website: [homeoffice.gsi.gov.uk](http://homeoffice.gsi.gov.uk)



**Aktion zur Unterstützung der UN - Resolution 1325**

Die UN - Resolution 1325 vom 31. Oktober 2000 fordert u. a. dazu auf, „dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind; dass der Aktionsplan (A/49/587) umgesetzt wird, in dem eine stärkere Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsfunktionen bei Konfliktbeilegungs- und Friedensprozessen gefordert wird.“ Im Absatz 17 wird der Generalsekretär der UN ersucht, in seine Berichterstattung an den Sicherheitsrat auch Informationen über Fortschritte bei der Integration einer Geschlechterperspektive in alle Friedenssicherungsmissionen sowie über alle anderen Frauen und Mädchen betreffenden Gesichtspunkte aufzunehmen. - Der Frauensicherheitsrat in Deutschland ist sehr aktiv die Beteiligung von Frauen im Rahmen dieser Resolution zu fördern. Zur Zeit wird eine Schattenbericht zu dem Bericht der Bundesregierung über Fortschritte in diesem Rahmen erstellt.

Dazu läuft eine **Postkartenaktion „1325 gute Gründe zur Unterstützung der Resolution 1325“**.

Auf den **websites: [www.un.1325.de](http://www.un.1325.de) und [www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)** sind aktuelle Terminverweise, Dokumente (z. B. ein konkreter Aktionsplan zur Umsetzung in Deutschland, evtl. auch als Modell für andere EU - Länder) und Kontakte sowie die Postkarte zum downloaden zu finden.

**„ABSCHIED vom HAREM ?****- Selbstbilder - Fremdbilder muslimischer Frauen“**

Buch vom Orlanda - Frauenverlag. Herausgegeben von Houda Youssef, Islamwissenschaftlerin und Soziologin. ISBN 3-936937-14-1.

Auf der Orlanda - Homepage ist weitere Literatur zu finden, die für Gender - Studierende spannend sein könnte:

**[www.orlanda.de](http://www.orlanda.de)**

**„Womenticker“: Ein Dienst der Medienagentur „poppke & broos“**

Die Medienagentur hat sich auf die Produktion und das Management von Internet - Inhalten zu Frauenthemen spezialisiert.

Z. B. Studie: „Frauen in Multimedia und IT“: Der Anteil der Geschäftsführerinnen in der Multimedia- und Interner Branche ist im Vergleich zum Jahr 2000 auf niedrigem Niveau gleich geblieben. Der Anteil der Frauen insgesamt sowie der Abteilungsleiterinnen ist weiter gefallen. Noch immer gibt es in der Zukunftsbranche Multimedia wenige Frauen in Führungspositionen. Eine Änderung ist nicht in Sicht. Die Ergebnisse der Langzeitstudie sind im „High Text Verlag“ erschienen. - Auf der website kann der womenticker - Newsletter eingesehen und bestellt werden: **<http://www.womenticker.net>**

**Seminar - Bericht: „Transforming the mainstream“ von WIDE und ONE WORLD ACTION:**

Das Seminar hatte die Herausforderungen für die Entwicklung der EU - Politiken bezüglich der Förderung der Menschenrechte, der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung zum Thema.

Aus Fallstudien verschiedener Länder, Jamaika, Kenia, Indien, Südafrika und Bangladesh und über institutionelle sowie NGO - Praktiken in Bezug zum Gender Mainstreaming wurden verschiedene Probleme identifiziert.

Das Seminar fand im November 2003 in Brüssel statt, unter dem Titel: „Everywhere and nowhere: a seminar on mainstreaming and inclusive approaches in EU development policies“.

WIDE - Network = Women in Development Europe. **<http://www.wide-network.org>**

**Interessante Website der  
Intergroup des Europäischen Parlaments:****„Same sex, equal rights“**

**<http://www.gayandlesbianrightsintergroup.org>**

**TERMINE...****„Zukunft feministischer Politiken“**

**Werkstatt des feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung  
am 18. und 19. Februar 2005**